FGZ Working Paper Nr. 5

Dezember 2022

Von der ›Corona-Diktatur‹ zur ›Klima-Diktatur‹?

Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung

Axel Salheiser
Christoph Richter
Matthias Quent

Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Empfohlene Zitierweise
Axel Salheiser, Christoph Richter, Matthias Quent. 2022. *Von der ›Corona-Diktatur‹ zur ›Klima-Diktatur‹? Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung*. FGZ Working Paper Nr. 5. Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. fgz-risc.de/wp-5.

Kontakt
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

- Autoren: Dr. Axel Salheiser | FGZ Teilinstitut Jena
  axel.salheiser@idz-jena.de · 03641 2712018
- Forschungskoordination: PD Dr. Taylan Yildiz | FGZ Geschäftsstelle Frankfurt am Main
  t.yildiz@em.uni-frankfurt.de · 069 79831468
- Publikationsmanagement: Dr. Mathias Rodatz | FGZ Geschäftsstelle Leipzig
  Universität Leipzig · Nikolaistraße 6-10 · 04109 Leipzig
  publikationen@fgz-risc.de · 0341 9737762

In der FGZ Working Paper Reihe erscheinen Forschungsergebnisse aus Projekten des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) als Erstveröffentlichungen auf der Webseite (fgz-risc.de/wp) sowie im *Social Science Open Access Repository* (SSOAR, gesis.org/ssoar). Die Texte sind meist der erste Schritt auf dem Weg zur Veröffentlichung in einer begutachteten Fachzeitschrift oder einem Sammelband. Die Working Paper werden nach Veröffentlichung nicht mehr verändert und sind somit zitierbar. In seltenen Fällen kann es notwendig sein, dass die Vorabveröffentlichung des Manuskripts als Working Paper gelöscht werden muss, damit der endgültige Beitrag (in überarbeiteter Form) an anderer Stelle erscheinen kann. In diesen Fällen bleiben die Metadaten der Beiträge auf der FGZ Webseite und im SSOAR erhalten und werden durch einen Link oder Hinweis auf die anderweitige Veröffentlichung ergänzt.

Hinweis zu ausstehenden Bibliografischen Informationen
Für die FGZ Working Paper Reihe und diese Nummer sind bibliographische Identitfikationsnummern über die Deutsche Nationalbibliothek (ISSN) und das *Social Science Open Access Repository* (URN) beantragt. Sobald diese vorliegen, wird dieses Titelblatt ergänzt. Der Inhalt des Working Papers und die Seitenzahlen ändern sich dabei nicht, der Text ist in dieser Form und mit Hinweis auf die Quelle/URL (fgz-risc.de/wp-5) dauerhaft zitierfähig.

Veröffentlicht unter der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 – Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen (International). Den genauen Wortlaut der CC-Lizenz BY-NC-ND finden Sie hier: creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0.

FGZ Working Paper Nr. 5 (Dezember 2022)

Von der ›Corona-Diktatur‹ zur ›Klima-Diktatur‹? Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung

Axel Salheiser, Christoph Richter und Matthias Quent

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Teilinstitut Jena

Abstract. Die Befunde einer repräsentativen Befragungen der deutschen Bevölkerung zur Klimathematik, die im Zeitraum August bis Dezember 2021 durchgeführt wurde, lassen vermuten, dass sich die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die ökologische Transformation nach der Corona-Krise wesentlich verstärken werden. Bemerkenswert hoch waren die Zustimmungswerte zur Aussage: »Die Beschränkungen in der Corona-Pandemie sind nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik.« 17 % der insgesamt 2.509 Befragten stimmten dieser Aussage voll oder überwiegend zu, weitere 22 % antworten mit »teils-teils«. Mehr als ein Viertel der Befragten hielt nach eigener Aussage auch die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels für übertrieben oder sogar völlig sinnlos. Jede:r Fünfte meinte: »Die Auswirkungen des Klimawandels werden übertrieben dargestellt.« Ebenfalls jede:r Fünfte bezweifelt, dass eine »grundsätzliche Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems« notwendig sei, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen. Bei der Verbreitung »klimadiskursskeptischer« Einstellungen sind signifikante Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten zu beobachten, außerdem zwischen Stadt- und Landbevölkerung sowie den verschiedenen Alters-, Geschlechts-, Bildungs- und Berufsgruppen. Unter statistischer Drittvariablenkontrolle bleibt der West-Ost-Unterschied stabil und relativ markant. Außerdem ist der Zusammenhang zwischen individuellen Einstellungen gegenüber der Gesellschaft (d. h. der Wahrnehmung der eigenen sozialen Inklusion sowie der Wahrnehmung von Responsivität durch die Politik) und klimadiskursskeptischen bzw. maßnahmenkritischen Einstellung erkennbar.

Keywords. Einstellungen, Klimawandel, Klimapolitik, Rechtspopulismus, regionale Dispariäten

Der Klimawandel und seine ökologischen, politischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen stellen die Kriseninterventions- und Problemlösungsfähigkeit der Gegenwartsgesellschaften vor gewaltige Herausforderungen. Gesellschaftliche Konfliktlinien wie jene der strukturierten sozioökonomischen Ungleichheit, der regionalen Disparitäten oder der kulturellen Normen, Wertvorstellungen und Handlungsorientierungen werden aktualisiert sowie vertieft (Salheiser et al. 2020). Gelingt in der Klimafrage keine Konsensfindung, die effektive Maßnahmen des Klimaschutzes ermöglicht, droht nicht nur ein Scheitern der Klimaschutzziele mit weitereichenden Folgen, sondern auch eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung. Die Sozial- und Systemintegration von Teilen der Bevölkerung sowie die soziale Kohäsion zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Milieus gerät im Zuge notwendiger Transformationsprozesse unter steigenden Druck. Diese umfassende Infragestellung des Status Quo der gesellschaftlichen Ressourcen- und Machtverteilung kann sowohl individuelle als auch kollektive Verunsicherungen und Statusverlustängste hervorrufen bzw. verstärken. Damit könnte klimaschutzskeptischen Haltungen Vorschub geleistet werden, während sich gleichzeitig Möglichkeitsfenster eröffnen, um Unzufriedenheit und Statusverlustängste auch von Seiten antidemokratischer Bewegungen zu mobilisieren. Insbesondere Krisen und als krisenhaft wahrgenommene gesellschaftliche Ereignisse werden von antidemokratischen und rechtsextremen Akteur*innen als Gelegenheitsstrukturen genutzt, ihre gesellschaftliche Anschlussfähigkeit zu erhöhen (Heitmeyer 2018), wie zuletzt in der Corona-Pandemie sichbar wurde. In der Klimafrage sind deshalb die Verarbeitung multipler Krisenerfahrungen, politische Krisenkommunikation und die Wahrnehmungen und Beurteilungen durch die Bevölkerung von höchster Relevanz. Findet die richtige Klimapolitik nur unzureichende Akzeptanz, droht sie zu scheitern. Die Kernfrage, zu der wir im

Folgenden empirische Befunde vorstellen, ist daher: Werden die Klimapolitik und die daraus abgeleiteten Maßnahmen überhaupt als »richtig« akzeptiert? Welche individuellen Merkmale (u. a. Alters-, Bildungs-, Geschlechts- und Berufsstruktur und Ost- bzw. West-Zugehörigkeit) zeigen Effekte auf die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen, welchen Einfluss haben soziale Inklusion, Responsivität und Selbstwirksamkeit? Gleichzeitig stellt sich im Hinblick auf die individuelle Krisenverarbeitung die Frage, wie unterschiedliche Krisenerfahrungen miteinander verbunden werden, wie sie Einstellungen zum demokratischen Regierungshandeln beeinflussen und möglicherweise negative Haltungen im Feld demokratischer Klimaschutzmaßnahmen befördern und inwiefern sich dadurch Akteur*innen der antidemokratischen und verschwörungsideologischen Rechten gesellschaftliche Anknüpfungspunkte bieten.[1]

1 Forschungsüberblick

Die Frage, welche Faktoren Einfluss auf individuelle Einstellungen zum Klimawandel haben, ist wichtig, da diese Einstellungen in direktem Zusammenhang zur individuellen Handlungsbereitschaft im Kontext der Klimakrise stehen (Osberghaus et al. 2010; Ogunbode et al. 2020). Die individuelle Handlungsbereitschaft wiederum beeinflusst kollektive Handlungsspielräume der Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen und damit die Erfolgschancen der Klimaschutzpolitik.

Repräsentative Bevölkerungsbefragungen in Deutschland zeigen seit langem den Trend auf, dass eine wachsende Mehrheit den Klimawandel als zentrale Herausforderung unserer Zeit wahrnimmt und folglich eine auf Klimaschutz orientierte Politik grundsätzlich unterstützt. Allerdings ist das Meinungsbild beim genaueren Hinsehen von markanten Ambivalenzen geprägt, vor allem was die Wahrnehmung und Beurteilung konkreter Maßnahmen zum Klimaschutz sowie bestimmte Aspekte einer ökologischen Energiewende anbetrifft. Zudem empfindet eine große Mehrheit der Deutschen die öffentliche Klima-Debatte als »spaltend« (More in Common 2021: 38). In der »Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung 2020/21 (Reusswig et al. 2021: 270f.) lehnten rund 9 % der Befragten die Aussage ab: »Es gibt einen deutlichen Klimawandel, der vom Menschen gemacht ist.«[2] Zwar ist gegenüber früheren Befragungen (2011) der Anteil derer gestiegen, die der Aussage voll und ganz zustimmen (von 44 auf 55 %) und der Anteil derer, die sich unsicher sind, deutlich zurückgegangen (»teils-teils«: 2011: 29 %, 2020/21: 11 %). Dennoch existiert ein nicht unerheblicher Anteil von Personen, die sich »klimawandelskeptisch« äußern und ihre Ablehnung gegenüber der Klimapolitik zum Ausdruck bringen. 8 % halten Studien, die den Klimawandel wissenschaftlich belegen, für »meist gefälscht«, weitere 13 % meinen »teils-teils«. 11 % erkennen im Klimawandel gar keine oder keine große Bedrohung, weitere 21 % meinen »teils-teils«. 49 % der Befragten halten die Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien »im Großen und Ganzen« für richtig, doch 26 % antworteten auch hier mit »teils-teils« und 9 % lehnen die Aussage ab. Die Autor:innen der »Mitte-Studie« zeigen auf, dass »klimawandel- bzw. energiewendeskeptische« Einstellungen markant durch allgemein populistische Einstellungen verstärkt werden – vor allem das Misstrauen in politische Eliten und Institutionen – und außerdem durch rechtsextreme Einstellungen. Das knüpft an zahlreiche nationale und internationale Forschungsbefunde an, nach denen eine ganze Reihe sozialer und politischer Faktoren entscheidenden Einfluss auf die Wahrnehmung und Bewertung der Klimakrise sowie die damit verbundenen Einstellungs- und Handlungsmuster haben. So reduziert z. B. das Misstrauen in Institutionen positive Einstellungen zum Klima- und Umweltschutz (Wynveen/Sutton 2015; Huber et al. 2021; Kessler 2021) und die Bereitschaft, klima- und umweltbewusst zu handeln (Smith/Mayer 2018; Cologna/Siegrist 2020). Hohe Relevanz besitzt auch das Ausmaß (subjektiv empfundener) sozialer Integration bzw. Inklusion, weil damit unterschiedliche Grade der individuellen und kollektiven Vulnerabilität und Sensibilität für die Klimawandelfolgen verknüpft sein können (Arthurson/Baum 2015). Zusätzlich werden die Beurteilung der Klimaproblematik und die Bereitschaft, Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen, dadurch beeinflusst, inwiefern sich Menschen Selbstwirksamkeit (*self-efficacy*) zuschreiben (Bostrom et al. 2018; Loy et al. 2020).

Einer weiteren repräsentativen Studie aus Deutschland aus dem Jahr 2021 zufolge befürworten bis zu 70 % der deutschen Bevölkerung die Energiewende, etwa 8 % lehnen sie ab, jede:r fünfte:r Befragte:r antwortet mit »teils-teils« (Teune et al. 2021: 8). Allerdings seien nur 10 % mit der Umsetzung zufrieden, 40 % hingegen seien unzufrieden, 44 % ambivalent, 6 % völlig dagegen (ebd.: 10). Auch den Gründen für diese Kritik ging jene Befragung nach: 66 % der Befragten meinten, »Ansätze für eine dezentrale Energieversorgung werden vernachlässigt.«. 56 % beklagten eine zu geringe Beteiligung der Bürger:innen, 49 % meinten: »Die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke«. 43 % stimmten der Aussage zu: »Der Landschafts- und Naturschutz wird nicht ausreichend berücksichtigt.«, 29 % sahen die Versorgungssicherheit gefährdet und 15 % die Arbeitsplätze. Bei allen diesen Items antworteten jeweils zwischen 18 und 29 weiteren Prozent der Befragten mit »teils-teils« (ebd.: 13). Ein weiterer wichtiger Befund ist, dass die Ablehnung der Energiewende in den jeweiligen, besonders betroffenen Regionen (z. B. mit Braunkohlerevieren) zwar leicht erhöht ist, aber zusätzlich von den dortigen Befragten überschätzt werde: »Die jeweiligen Technologien und Maßnahmen werden überall als umstrittener wahrgenommen, als sie tatsächlich sind« (ebd.: 17). Die Wahrnehmungen und Beurteilungen sind also stark durch politische und mediale Diskurse überformt, partiell vorurteilsgeleitet – und weisen damit Anschlusspunkte für gezielte Verunsicherung, Desinformation und Propaganda auf. Diese wiederum dürfte bei jenen besonders verfangen, die sich selbst als Verlierer des Transformationsprozesses sehen, beispielsweise aufgrund vergleichsweise ungünstiger Bildungs-, Einkommens- und Erwerbschancen (Hövermann et al. 2022). Die politische

[1] Wir danken Prof. Dr. Elmar Brähler (Universitätsklinik Mainz und Universität Leipzig), Gabriele Schmutzer (Universität Leipzig) sowie Prof. Dr. Bernhard Strauß (Friedrich-Schiller-Universität Jena) für die Möglichkeit der Beteiligung an der Repräsentativbefragung und für die Bereitstellung der in dieser Studie verwendeten Daten. Für die Finanzierung unserer Beteiligung an der Repräsentativbefragung danken wir den Mitgliedern des FGZ-Ausschusses Daten, insbesondere Prof. Dr. Olaf Groh-Samberg, Dr. Jean-Yves Gerlitz und Martin Bacher (SOCIUM/Universität Bremen) sowie unserer Fördermittelgeberin, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Außerdem danken wir den Reviewer:innnen, PD Dr. Taylan Yildiz (FGZ Forschungskoordination), Dr. Mathias Rodatz (FGZ Publikationsmanagement) sowie unseren Kolleg:innen am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ): Jennifer Joyce Rieck, Anne Tahirovic, Dr. Janine Dieckmann, Janine Patz, Susanne Haldrich, Viktoria Kamuf, Kathy Kursawe, Leila Al-Kuwaiti und Simon Rodewohl.

[2] Anteilswerte der Kategorien »lehne eher ab« und »lehne völlig ab« zusammengefasst.

Kultur im Sozialraum dürfte dabei einen wesentlichen Einfluss auf den Diskurs um den Klimawandel und die Klimapolitik besitzen, auf kollektiv geteilte Deutungsmuster sowie auf die Maßnahmenakzeptanz – ähnlich wie in der anhaltenden Corona-Pandemie (Richter et al. 2021).

Sowohl in der Pandemiebekämpfung als auch der Klimaproblematik wird der Konsensfindungsprozess über konkrete politische Ziele und die Angemessenheit der Maßnahmen durch einen *Dissens über die Problemdiagnose und ihre epistemischen Grundlagen* (i.d.R. wissenschaftliche Erkenntnisse) überschattet. Wo eine Problemverleugnung oder -bagatellisierung stattfindet und »alternative« Realitätsdeutungen Wahrheitsanspruch erheben, kollidieren individuelle und kollektive Handlungsorientierungen, organisiert sich oppositioneller Protest und artikuliert sich der Widerstand von Minderheiten gegen kollektiv bindende Verhaltensnormen. Damit bilden sich auch Gelegenheitsstrukturen für antidemokratische Mobilisierung und Radikalisierung, wie die Anti-Corona-Protestbewegung seit dem Frühjahr 2020 gezeigt hat (Richter/Salheiser 2021).

Schon lange vor Beginn der Corona-Pandemie galt der Klimadiskurs als ein zentrales Aktionsfeld verschwörungsideologischer und radikal rechter Akteur:innen. Darauf verweisen auch Befunde des Social-Media-Monitoringprojektes des Forschungsprojektes »IRÖK« am FGZ (Richter et al. 2022). Klimaskeptische Narrative finden insbesondere unter radikal rechten und verschwörungsaffinen Gruppen große Verbreitung, die in Abhängigkeit von spezifischen Großereignissen (bspw. Naturkatastrophen, Klimakonferenzen, Wahlen) noch deutlich ansteigt. Teilweise in Arbeitsteilung, teilweise sogar in Personalunion mit Lobbyist:innen der fossilen Energiewirtschaft versuchen sie ihre Erzählungen von einer »Klima-Hysterie«, einer angeblich irrationalen, ideologisch motivierten Energiepolitik und finsterer Pläne »globalistischer Eliten« für einen »Great Reset« (vgl. Bals 2021) oder den »Klimasozialismus« möglichst breit zu streuen. Dies geschieht vor allem über die sozialen Medien und spielte u. a. auch im Bundestagswahlkampf 2021 eine Rolle (Matlach/Janulewicz 2021, Lamberty 2021). Die staatliche Politik zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die in der Szene der »Querdenker:innen«, Impfgegner:innen und von verschwörungsideologischen Akteur:innen als diktatorische Zwangsmaßnahmen geframt wird, gilt in der Szene als »Generalprobe« für die sogenannte »Klimadiktatur«. Unsere eigenen Analysen von Redebeiträgen auf lokalen Anti-Corona-Demonstrationen in Thüringen in den Jahren 2020 und 2021 zeigen, dass in bis zu einem Zehntel der Redebeiträge der »Querdenker:innen« und »Impfgegner:innen« das Klimathema angesprochen wurde. In der Regel geschah dies im Sinne *einer negativen Parallelisierung von Corona- und Klimapolitik*. Auch Frei und Nachtwey (2021: 7) erwarten infolge der Corona-Protestbewegung eine »Stärkung der verschwörungstheoretischen Klimaleugnungsszene«.

Selbst kontrafaktische und widersprüchliche Ideologeme können auf breitere Bevölkerungsschichten zumindest teilweise plausibel wirken, wie in den Untersuchungen zu Verschwörungsmentalität im Kontext der Corona-Pandemie nachgewiesen wurde (Lamberty/Rees 2021). Dies ist u. a. davon abhängig, inwieweit die mit den Narrativen transportierten Sinnstiftungs- und Deutungsangebote eine Kompatibilität mit individuellen und kollektiven Erfahrungen, Wahrnehmungs- und Vorstellungsmustern aufweisen. Von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ist aus den Befragungen der COSMO-Studie[3] bekannt, dass sie im Zeitverlauf relativ stabil von großen Mehrheiten (d. h. 70–80 %) der Bevölkerung mitgetragen werden – doch *erdulden* müssen sie alle. Daher kann vermutet werden, dass auch die Vorstellung einer stark restriktiven und invasiven Klimapolitik, die in Zukunft das Leben und den Alltag in unserer Gesellschaft entscheidend prägen könnte, für nicht wenige Deutsche mittlerweile »im Bereich des Möglichen« liegt und mit entsprechenden Sorgen verbunden wird. *Konkret ist anzunehmen, dass nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung vor dem Erfahrungshorizont der Pandemie-Situation »staatliche Zwangsmaßnahmen« im Zuge der Klimapolitik antizipieren.*

Um einigen der oben diskutierten Befunde und unserer Hypothese von der *Anschlussfähigkeit von Corona- und Klima-»Diktatur«-Erzählungen* nachzugehen, speisten wir ein Fragenset mit vier Items zum Klimawandel bzw. zur Klimapolitik in die repräsentative Omnibus-Befragung »REP33« ein, die von Elmar Brähler (Universitätsklinikum Mainz und Universität Leipzig) und Kolleg:innen koordiniert und vom Umfrage-Institut USUMA (Berlin) durchgeführt wurde. Dabei wurden im Zeitraum August–Dezember 2021 deutschlandweit insgesamt 2.509 Personen im Alter zwischen 16 und 95 Jahren (Mittelwert: 49,5 Jahre, Standardabweichung: 17,8 Jahre) in persönlichen Interviews mit einem Papierfragebogen (PAPI-Methode) befragt, darunter 1.998 Personen in Westdeutschland (79,6 %) und 511 Personen in Ostdeutschland (20,4 %). 48,4 % der Befragten waren männlich, 51,5 % weiblich, 3 weitere Befragte divers (0,1 %). Detailliierte Stichprobeninformationen sind Tabelle 2 im Anhang zu entnehmen. Neben den vier Items zum Klimawandel bzw. zur Klimapolitik standen uns die standarddemographischen Befragtenmerkmale sowie drei weitere Fragen zur Einstellung der Befragten gegenüber der Gesellschaft zur Verfügung. Die Daten wurden für die Auswertungen gewichtet.[4] Sie sind somit repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

2 Aussagen zum Klimawandel und zur Klimapolitik

Auf unsere erste Frage *»Sind die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ausreichend, gehen sie nicht weit genug, sind sie übertrieben oder völlig sinnlos?«* antworteten 17 % aller Befragten, diese seien ausreichend, für 37 % jedoch gehen sie nicht weit genug. Hingegen halten 11 % die Maßnahmen für sinnlos und 16 % für übertrieben. 14 % aller Befragten antworteten mit »weiß nicht«, weitere 4 % machten keine Angabe (Abb. 1).[5]

Die Beurteilungsunsicherheit war hier relativ hoch, was auf ein generelles Informations- und Kommunikationsdefizit in dieser komplexen Thematik hindeuten könnte. Allerdings zeigen große Teile der deutschen Bevölkerung deutliche Skepsis bzw. eine kritische Haltung gegenüber der Klimapolitik. Eine relative Mehrheit befürwortet zwar weitreichendere Maßnahmen, doch immerhin ein Viertel findet bereits die bisherigen Maßnahmen überzogen oder zieht deren Sinn in Zweifel. Naheliegend ist hier ein Zusammen-

[3] COSMO — COVID-19 Snapshot Monitoring, das wiederholte querschnittliche Monitoring von Wissen, Risikowahrnehmung, Schutzverhalten und Vertrauen während des aktuellen COVID-19-Ausbruchsgeschehens, vgl. https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/

[4] IPF-Gewichtung nach Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße und Bundesland (vgl. Methodenbericht der USUMA GmbH vom 27.01.2022).

[5] Mögliche Abweichungen der Prozentangaben von 100 % in den Grafiken sind rundungsbedingt.

hang zur Zustimmung oder Ablehnung einer anderen Aussage: *»Die Auswirkungen des Klimawandels werden übertrieben dargestellt.«* (Abb. 2).

11 % der Befragten gaben hier keine gültige Antwort. 9 % der Befragten stimmten der Aussage voll und ganz zu, 13 % stimmten ihr überwiegend zu, weitere 25 % antworteten mit "teils-teils". Insgesamt hegt mit 47 % also fast die Hälfte der Befragten zumindest teilweise Zweifel an der Darstellung der Klimawandelfolgen, was vermutlich verstärkenden Einfluss auf ihre skeptisch bis ablehnende Haltung zur Klimapolitik hat. Befragte, die der Aussage zur vermeintlichen »Übertreibung« voll und ganz oder überwiegend zustimmten, halten auch die Klimaschutzmaßnahmen signifikant häufiger für übertrieben oder sinnlos. Indessen meinten 83 % der Befragten, die eine »übertriebene Darstellung« des Klimawandels völlig zurückwiesen, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels unzureichend seien. Der statistische Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit Kendall's tau c=-0,54*** relativ stark.[6] So zeichnet sich Klimadiskursskepsis (im Sinne der Wahrnehmung einer »übertriebenen« Darstellung der Auswirkungen des Klimawandels) also auch in unseren Befunden als ein Einstellungsmuster ab, das einen negativen Effekt auf die Akzeptanz einer ökologischen Transformation hat.

Bei der Aussage *»Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, ist eine grundsätzliche Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems notwendig.«* (Abb. 3) war auf Seiten der Befragten erneut eine relativ stark verbreitete Beurteilungsunsicherheit feststellbar: 16 % antworteten mit »weiß nicht« oder gaben keine Antwort. 39 % signalisierten die völlige oder überwiegende Zustimmung zu dieser Aussage. Doch 26 % antworteten mit teils-teils, 19 % lehnten die Aussage überwiegend oder völlig ab. Hier zeigt sich, dass nicht unbeträchtliche Bevölkerungsteile zumindest reserviert sind, was die von Teilen der politischen Entscheidungsträger:innen und der Klimagerechtigkeitsbewegung avisierten bzw. prognostizierten, tiefgreifenden Veränderungsprozesse im Kontext der Klimapolitik anbetrifft. Ihre Notwendigkeit wird desto stärker angezweifelt, je weniger man der Darstellung der Auswirkungen des Klimawandels Glauben schenkt. Der statistische Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist entsprechend markant (Kendall's tau c=-0,447***).

Bemerkenswert hoch war die Zustimmung zu unserem vierten Befragungsitem. Der Aussage *»Die Beschränkungen in der Corona-Pandemie sind nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik«* stimmten 6 % der Befragten voll und ganz zu, weitere 11 % stimmten überwiegend zu. 22 Prozent antworteten mit »teils-teils«, 13 lehnten die Aussage überwiegend ab und 25 % lehnten sie völlig ab (Abb. 4). Insgesamt stimmten 17 % der Befragten einer Aussage zu, in der ein verschwörungsideologisches Kernnarrativ vom »Great Reset« anklingt. Sie antizipieren also staatliche Zwangsmaßen infolge der Klimapolitik und

Abbildung 1: *»Sind die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ausreichend, gehen sie nicht weit genug, sind sie übertrieben oder völlig sinnlos?«*

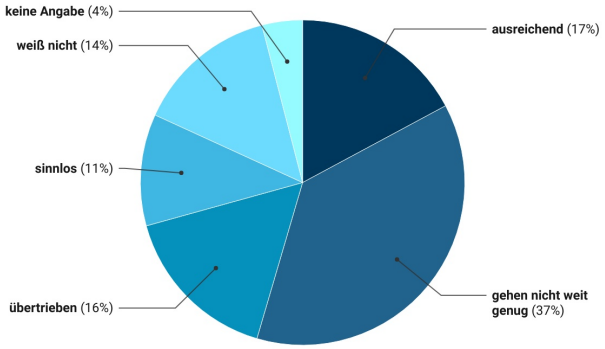


Abbildung 2: *»Die Auswirkungen des Klimawandels werden übertrieben dargestellt.«*

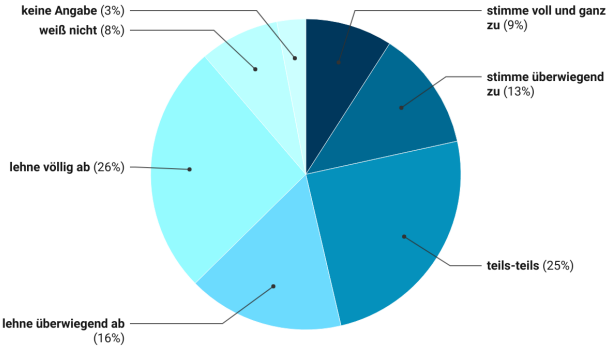
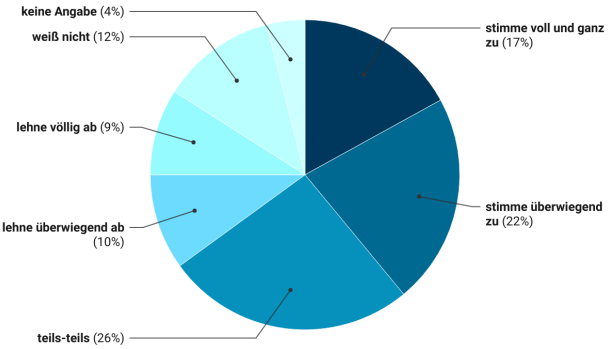


Abbildung 3: *»Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, ist eine grundsätzliche Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems notwendig.«*



Datenquelle: Repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung (PAPI), Befragungszeitraum: August-Dezember 2021; insgesamt n=2.509 Befragte (16-95 Jahre); gewichtete Daten.

sehen die Beschränkungen während der Pandemie als eine Art ›gezielte Vorbereitung‹ dafür an. Immerhin ein Fünftel weist diese Vermutung oder Befürchtung zumindest nicht zurück. Hier wird offensichtlich, dass sich der politischen Kommunikation große Herausforderungen stellen – sowohl hinsichtlich der derzeitig prioritären Bewältigung der Corona-Pandemie als auch hinsichtlich der voraussichtlich bevorstehenden Aufgaben im Kontext des gesamtgesellschaftlichen Dialogs um die Klimapolitik. Die Formulierung »geplante staatliche Zwangsmaßnahmen« sugge-

[6] Um für die Variable zur Beurteilung der Klimaschutzmaßnahmen ordinales Skalenniveau anzunehmen, wurden die Daten in die Reihenfolge der Antwortvorgaben »gehen nicht weit genug, sind ausreichend, übertrieben, sinnlos« umgeschrieben. Der Betrag des Koeffizienten gibt die Stärke des statistischen Zusammenhangs an. Der Betrag kann zwischen 0 und 1 schwanken; 0 bedeutet gar keinen Zusammenhang, 1 bedeutet einen perfekten Zusammenhang. Das Vorzeichen gibt die Richtung des Zusammenhangs an; ein positiver Zusammenhang bedeutet: »Je größer Variable X desto größer Variable Y« (und umgekehrt). Ein negativer Zusammenhang bedeutet: »Je größer Variable X desto kleiner Y« bzw. »Je größer Variable Y desto kleiner Variable X«. Signifikanzniveaus aller angegebenen Koeffizienten: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

riert die Vorbereitung und Anwendung illegitimer Mittel. Eher unwahrscheinlich dürfte sein, dass Befragte mit ihrer Zustimmung zur Aussage eine wertneutrale »Tatsachenfeststellung« treffen oder wesentliche Teile der Zustimmenden die thematisierten »Zwangsmaßnahmen« sogar aus Überzeugung oder aus »Einsicht in die Notwendigkeit« unterstützen. Vielmehr drückt sich hier ein bedenkliches Maß an Verunsicherung, an negativer Erwartungshaltung gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen und an einer Distanz gegenüber dem politischen System in Deutschland aus, das sich aus Wahrnehmungen und Beurteilungen der Politik während der Pandemie zu speisen scheint. Zudem lässt sich der hohe Anteil von 24 % fehlenden Antworten (»weiß nicht«/»keine Angabe«) wohl kaum ausschließlich auf mögliche Verständnisprobleme zurückführen, sondern signalisiert unseres Erachtens auch eine inhaltliche Bewertungsunsicherheit, die mit mangelndem Institutionenvertrauen korrespondieren könnte.

Bei der Konstruktion des Items haben wir uns von den verschwörungsideologischen und rechtspopulistischen Reden vom dämonisierten »Great Reset« bzw. der »Great Transformation« inspirieren lassen, doch das Ausmaß der Zustimmung zur Aussage weist über das anzunehmende Potenzial für die Verbreitung radikal rechter Ideologeme noch hinaus. Die Antizipation von massiven Einschränkungen infolge der Klimapolitik scheint für nicht wenige Befragten wohl deshalb plausibel zu sein, weil sie bisher in der Corona-Pandemie Beschränkungen erleben und erdulden mussten und müssen, die noch Anfang 2020 für die meisten schwer vorstellbar waren. Diese ubiquitäre Erfahrung hat möglicherweise nicht nur die Anschlussfähigkeit für dystopische Erwartungen erhöht, sondern auch de facto das Handlungsfeld für eine Politik abgesteckt, das stärker als zuvor gezwungen wurde, auf Max Webers Machtbegriff zu rekurrieren und demokratische Entscheidungen auch gegen den Widerstand von Teilen der Bevölkerung durchzusetzen. Die mangelnde Akzeptanz bzw. schwindende *Duldung* dieser Politik ist eine gewaltige Hypothek für das politische System – und die gesellschaftlichen Prozesse, die es mitgestalten und organisieren soll. Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass es viele Befragte gibt, die der »Probelauf«-Aussage zustimmen oder zumindest ambivalent gegenüber stehen, aufgrund ihres übrigen Antwortverhaltens jedoch nicht als »Klimawandelleugner:innen« klassifiziert werden können.

Bei Befragten, die von einer übertriebenen Darstellung ausgehen, ist die Zustimmungstendenz zur »Probelauf«-Aussage erhöht, doch selbst unter den Befragten, die die Auswirkungen des Klimawandels nicht für übertrieben dargestellt halten, stimmen noch 23 % der »Probelauf«-Aussage zu. Dementsprechend gibt es einen höchst signifikanten, allerdings eher schwachen statistischen Zusammenhang mit der Beurteilung einer »übertriebenen« Darstellung der Klimawandelfolgen (Kendall's tau c=0,147***; vgl. Abb. 5).[7] Unsere Befragungsergebnisse unterstreichen die oben bereits diskutierten Forschungsbefunde, dass die gesellschaftlichen Debatten um den Klimawandel und die Klimapolitik im eigentlichen Sinne weniger durch einen Zielkonflikt als durch den Dissens über die Angemessenheit der Mittel zur Zielerreichung geprägt sind. Und offenbar durch erhebliche Informations- und Kommunikationsdefizite, denen demokratische Politiker:innen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen sich unbedingt annehmen müssen, bevor es antidemokratischen Akteur:innen noch stärker gelingt, ihre Narrative in der sogenannten »Mitte der Gesellschaft« zu verbreiten.

Abbildung 4: *»Die Beschränkungen in der Corona-Pandemie sind nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik.«*

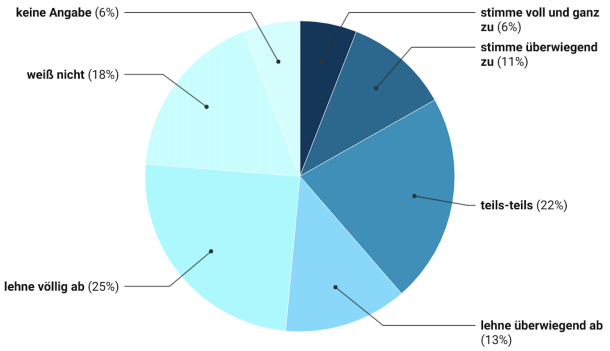
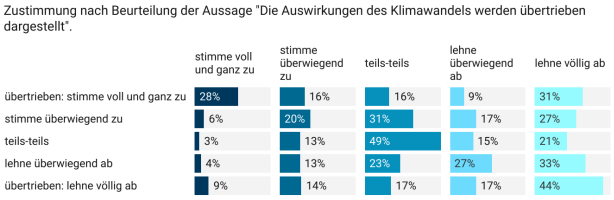


Abbildung 5: *»Die Beschränkungen in der Corona-Pandemie sind nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik.«*



Datenquelle: Repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung (PAPI), Befragungszeitraum: August-Dezember 2021; insgesamt n=2.509 Befragte (16-95 Jahre); gewichtete Daten.

3 Deskriptive Befunde: Deutliche Unterschiede zwischen Ost und West, Stadt und Land sowie den Geschlechtern, aber kein scharfer »Generationenkonflikt«

Ein differenziertes Bild der Einstellungen zum Klimawandel und zur Klimapolitik liefert die Auswertung nach verschiedenen standarddemographischen Variablen. Dabei treten zunächst auffällige Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten zutage. So stimmten im Osten 42 % der Aussage voll und ganz oder überwiegend zu, dass die Auswirkungen des Klimawandels übertrieben dargestellt würden, im Westen hingegen 20 %. Der Anteil derer, die die entsprechende Aussage völlig ablehnten, lag im Osten nur bei 14 %, im jedoch Westen bei 33 % (Abb. 6). Analog dazu sind Ostdeutsche mit 34 % signifikant häufiger als Westdeutsche (18 %) der Ansicht, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ausreichend seien. Im Westen meint die Hälfte der Befragten, die Maßnahmen gingen nicht weit genug, im Osten meinen dies 27 %. Die Anteile derer, die den Klimaschutz für übertrieben oder sinnlos halten, variieren jedoch nur schwach zwischen den beiden Befragtengruppen

[7] In den nachfolgenden Auswertungen und Grafiken, bei denen jeweils zwei Variablen miteinander kombiniert werden, erfolgt grundsätzlich der Ausschluss fehlender Werte (»weiß nicht«/«keine Angabe«).

(Abb. 7). Markant ist der *Ost-West-Unterschied* bezüglich der Beurteilung, dass zur wirksamen Bekämpfung des Klimawandels eine »grundsätzliche Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems« notwendig sei. Diese Aussage lehnen im Osten 21 % überwiegend und 26 % völlig ab, im Westen lehnen nur 10 % überwiegend und 8 % völlig ab. Auch der Anteil der »teils-teils«-Antworten ist im Osten niedriger als im Westen. Weniger als ein Drittel der Befragten im Osten stimmt der Aussage zur Notwendigkeit der »grundsätzlichen Reform« zu, im Westen tut dies fast jede:r zweite Befragte:r (Abb. 8).

Massive gesellschaftliche Veränderungsprozesse im Zeichen der Klimapolitik treffen im Osten also nur bei einer Minderheit auf klare Akzeptanz, und auch im Westen ist die Hälfte der Bevölkerung einem tiefgreifenden Wandel gegenüber erkennbar skeptisch, kritisch oder ablehnend eingestellt. Kein statistisch signifikanter Ost-West-Unterschied besteht allerdings hinsichtlich des Zustimmungsverhaltens bei der Aussage »Die Beschränkungen in der Corona-Pandemie sind nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik.« (Abb. 9).[8] Die beobachtbaren Versuche, in der Anti-Corona-Protestbewegung und vonseiten radikal rechter Akteur:innen auch an die historischen Diktaturerfahrungen der Ostdeutschen anzuknüpfen und diese populistisch zu instrumentalisieren (»Vollende die Wende!«, Montagsdemonstrationen etc.), hinterlassen also im hier erfassten Meinungsbild keine sichtbaren Spuren. Vielmehr besteht mit der Parallelisierung von Corona-Beschränkungen und zukünftiger Klimapolitik ein gesamtdeutsches Problem, allzumal der Aussage im Westen sogar noch leicht häufiger zugestimmt wird als im Osten, wenngleich dieser Unterschied in den Stichprobendaten die statistische Signifikanzschwelle überschreitet und damit keinen Schluss auf die Grundgesamtheit der Bevölkerung zulässt.

Die Antwortmuster weisen auch *Unterschiede zwischen Befragten aus Städten und dem ländlichen Raum* auf, wobei diese duale Klassifikation zur Vereinfachung aufgrund von Gemeindegrößenklassen erfolgte. Befragte aus Städten und Gemeinden mit einer Einwohner:innenzahl unter 20.000 wurden dem ländlichen Raum zugeordnet. Signifikante Stadt-Land-Unterschiede bestehen allerdings nicht hinsichtlich der Einschätzung, ob die Klimawandelfolgen übertrieben dargestellt würden, und auch nicht hinsichtlich der Beurteilung, inwieweit die Klimaschutzmaßnahmen ausreichend, nicht weit genug gehend, übertrieben oder sinnlos seien. Hingegen variiert das Ausmaß der Zustimmung zur Aussage: »Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, ist eine grundsätzliche Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems notwendig.«. Sie findet bei der Landbevölkerung leicht stärkere Unterstützung als bei der Stadtbevölkerung (Cramer's V=0,122***; Abb. 10). Dieser Stadt-Land-Unterschied ist im Osten noch erkennbar stärker ausgeprägt als im Westen (Cramer's V=0,195**, Abb. 11).

Wir deuten diesen nicht-intuitiven Befund zum Stadt-Land-Unterschied nicht nur als einen Hinweis auf die regionale Differenzierung sozialer Lagen und Milieus, sondern auch auf die ihnen zugrundeliegende Differenzierung zwischen urbanen, industriell geprägten und ländlichen, landwirtschaftlich geprägten Produktions- und Lebensweisen. Im Kontext des Klimawandels und der Klimapolitik sind sie – faktisch sowie in der Wahrnehmung der Bevölkerung – unterschiedlich starkem Transformationsdruck ausgesetzt, der sich wiederum auf individuelle und kollektive Deprivationserwartungen sowie auf die Akzeptanz von Wirtschafts- und Sozialreformen unterschiedlich auswirkt. Die Erfolgsaussichten einer transformativen Klimapolitik dürfte wesentlich von einer gerechten Lastenverteilung abhängen. In diesem Rahmen werden zunehmend auch kollektive Beteiligungs- und Eigentumsformen diskutiert, die auf dem Land traditionell (Allmende, Agrargenossenschaf-

Abbildung 6: *»Die Auswirkungen des Klimawandels werden übertrieben dargestellt.«*

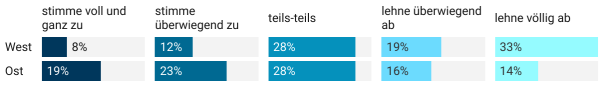


Abbildung 7: *»Sind die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ausreichend, gehen sie nicht weit genug, sind sie übertrieben oder völlig sinnlos?«*

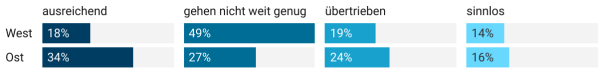


Abbildung 8: *»Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, ist eine grundsätzliche Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems notwendig.«*

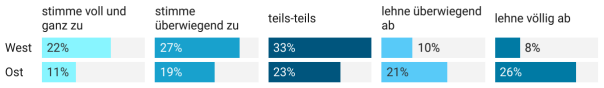


Abbildung 9: *»Die Beschränkungen in der Corona-Pandemie sind nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik.«*

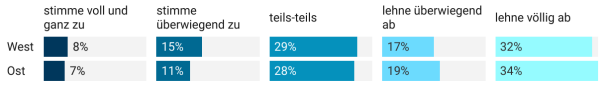


Abbildung 10: *»Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, ist eine grundsätzliche Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems notwendig.«*

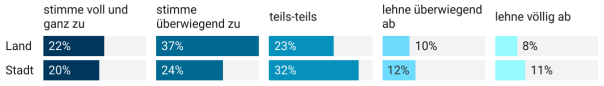
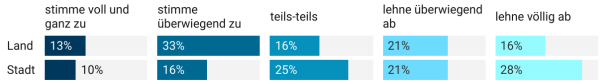


Abbildung 11: *Nur ostdeutsche Befragte: »Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, ist eine grundsätzliche Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems notwendig.«*



Datenquelle: Repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung (PAPI), Befragungszeitraum: August-Dezember 2021; insgesamt n=2.509 Befragte (16-95 Jahre); gewichtete Daten.

[8] Die Autor:innen der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 haben unser Item im Sommer 2022 in ihrer Repräsentativbefragung repliziert und diskutieren die Zustimmungswerte im Kontext von »erschworungserzahlungen mit Bezug zum Klimawandel« (vgl. Decker et al. 2022: 84). Nach ihrer Messung stimmten der Aussage deutschlandweit 15 %, in Westdeutschland 15 % und in Ostdeutschland 13 % der Befragten zu. Diese aktuelleren Zustimmungswerte liegen also nur unwesentlich unter den von uns gemessenen.

ten) und auch im aktuellen Diskurs um die Energiewende (Windpark-Beteiligungen) eine höhere Relevanz haben als in der Stadt.

Nicht zuletzt dürften auch die bereits stärkeren Auswirkungen des Klimawandels oder bestimmte, als defizitär empfundene Aspekte der Klimapolitik auf dem Land dazu beitragen, dass auf dem Land die Zurückweisung »grundlegender Reformen« schwächer ausfällt als auf der Stadt. Keinesfalls jedoch kann aus dem unterschiedlichen Antwortverhalten geschlossen werden, dass die Landbevölkerung häufiger für einen von Klimaaktivist:innen geforderten, allumfassenden »System Change« plädiere, während die Stadtbevölkerung jenen häufiger ablehne. Die Aussage, dass die »Beschränkungen in der Corona-Pandemie nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik« seien, wird von Befragten aus Städten leicht häufiger völlig abgelehnt (34 %) als von Befragten aus dem ländlichen Raum (23 %; Cramer's V=0,104***); im Osten existiert jedoch kein solcher Unterschied (Stadt: 35 %, Land: 32 %). Ob Stadt-Land-Unterschiede bei klimadiskursskeptischen Einstellungen auch bei umfänglicher Drittvariablenkontrolle für standarddemographische Befragtenmerkmale bestehen, wird nachfolgend noch zu prüfen sein.

Außerdem treten auch einige signifikante Unterschiede bei der Beurteilung der Klimafragen zwischen den *Altersgruppen*, wobei sich allerdings kein scharfer »Generationenkonflikt« abzeichnet. So meinen etwa 60 % der Befragten im Alter zwischen 16 und 24 Jahren, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels gingen nicht weit genug. In den mittleren und hohen Alterskategorien meinen dies noch 42 bis 48 %. Die Anteilswerte derer, die die Maßnahmen für übertrieben ansehen, rangieren zwischen 13 % bei den jüngsten Befragten und 24 % bei den Befragten im Alter ab 55 Jahren. Für sinnlos halten die Maßnahmen immerhin 14 % der Befragten im Alter bis 24 Jahre, bei älteren Befragten rangiert der Anteil zwischen 12 und 16 %. Auch die Anteilswerte der Zustimmung und Ablehnung der Aussage zur »übertriebenen« Darstellung der Klimawandelfolgen variieren über die verschiedenen Altersgruppen nur schwach. So lehnen 42 % der Jüngsten die Aussage völlig ab, in den älteren Kohorten tun dies zwischen 17 und 33 %. Die Notwendigkeit grundlegender Wirtschafts- und Sozialreformen im Kontext der Klimapolitik sehen 59 % der 16- bis 24-Jährigen (völlige oder überwiegende Zustimmung), 52 % der 25- bis 34-Jährigen, 46 % der 35- bis 44-Jährigen, in den älteren Kohorten zwischen 41 und 47 %. Die Aussage über den »Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen« lehnen 41 % der jüngsten Befragten völlig ab, in den älteren Befragtengruppen tun dies zwischen 25 und 35 %.

Deutlicher ist der *Unterschied zwischen den Geschlechtern* (männlich/weiblich oder divers). Männer halten die Auswirkungen des Klimawandels häufiger für übertrieben dargestellt (Abb. 12) und dementsprechend auch die entgegen gerichteten Maßnahmen häufiger für übertrieben (22 %) oder sinnlos (18 %) als Frauen und diverse Personen (übertrieben: 18 %, sinnlos: 10 %; Abb. 13). Außerdem lehnen Männer mit 27 % häufiger die Aussage zur Notwendigkeit von grundsätzlichen Reformen überwiegend oder völlig ab (Frauen und diverse Personen: 19 %). Hinsichtlich der Zustimmung bzw. Ablehnung der Aussage zum »Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen« besteht kein signifikanter Geschlechtsunterschied. Des Weiteren variiert die Wahrnehmung des Klimawandels und die Beurteilungen der Klimapolitik durch die Befragten statistisch signifikant nach deren *Bildungsstand* (Abb. 14 und Abb. 15).

Befragte mit Abitur verneinen häufiger die »übertriebene Darstellung«, halten die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels seltener für ausreichend, übertrieben oder sinnlos und bejahen häufiger die Notwendigkeit von grundsätzlichen Reformen im Zeichen des Klimaschutzes. Außerdem lehnen höher gebildete Befragte die Aussage zum »Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen« häufiger ab als Befragte ohne Abitur (Abb. 16). Die bivariaten Zusammenhänge zwischen der Bildungsvariable und den Klimavariablen sind allerdings von geringer bzw. mäßiger Stärke (Kendall's tau c_{max}=0,112***).

Abbildung 12: *»Die Auswirkungen des Klimawandels werden übertrieben dargestellt.«*

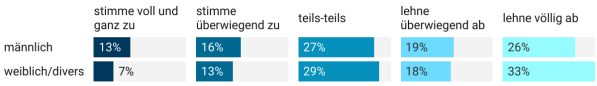


Abbildung 13: *»Sind die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ausreichend, gehen sie nicht weit genug, sind sie übertrieben oder völlig sinnlos?«*

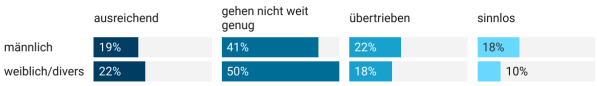


Abbildung 14: *"Die Auswirkungen des Klimawandels werden übertrieben dargestellt.«*

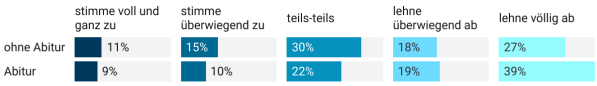


Abbildung 15: *»Sind die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ausreichend, gehen sie nicht weit genug, sind sie übertrieben oder völlig sinnlos?«*

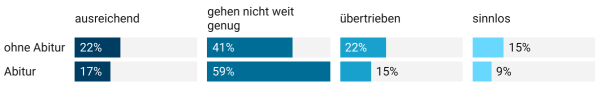
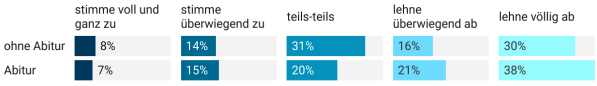


Abbildung 16: *»Die Beschränkungen in der Corona-Pandemie sind nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik.«*



Datenquelle: Repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung (PAPI), Befragungszeitraum: August-Dezember 2021; insgesamt n=2.509 Befragte (16-95 Jahre); gewichtete Daten.

Bezüglich der *Berufe bzw. Erwerbstätigkeiten der Befragten* treten Einstellungsunterschiede vor allem zwischen »noch nie berufstätigen« Befragten (im Wesentlichen Schüler:innen, Studierende und Auszubildende), (Fach-)Arbeiter:innen, Beamt:innen und Selbständigen zu tage (Abb. 17 bis 20). Skeptische und kritische Einstellungen sind unter (Fach-)Arbeiterin und Angestellten statistisch signifikant,

aber nur leicht häufiger als in den anderen Berufsgruppen. Die Landwirte, die hier auf den ersten Blick am seltensten klimadiskursskeptisch und maßnahmenkritisch eingestellt scheinen, sind in der Befragung eine sehr schwach besetzte Kategorie; in der Stichprobe befinden sich nur 12 Personen. Folglich müssen ihre auffällig hohen Anteilswerte vernachlässigt werden, sie sollten aber Anlass für weitere Forschung bezüglich der klimapolitischen Orientierungen und dem unternehmerischen Handeln von spezifischen Akteur:innen im ländlichen Raum geben.

4 Lineare Regressionsanalyse: Erklärende Variablen für klimadiskursskeptische Einstellungen

Nachfolgend muss geprüft werden, welche Befragtenmerkmale »klimadiskursskeptische« und »maßnahmenkritische« Einstellungen tatsächlich dämpfen oder verstärken und ob sich die oben diskutierten Differentiale des Antwortverhaltens unter Drittvariablenkontrolle als robuste Effekte auf das Zustimmungs- bzw. Ablehnungsverhalten herausstellen. Im Fokus steht die Überprüfung der Frage, welche demographischen Unterschiede zwischen den Befragten bei gleichzeitiger Beobachtung anderer demographischer Befragtenmerkmale Bestand haben. Dazu war die Recodierung der vier oben vorgestellten Variablen zur Wahrnehmung und Beurteilung des Klimawandels bzw. der Klimapolitik notwendig. Um für die Variable zur Beurteilung der Klimaschutzmaßnahmen ordinales Skalenniveau anzunehmen, wurden die Daten in die Reihenfolge der Antwortvorgaben »gehen nicht weit genug, sind ausreichend, übertrieben, sinnlos« umgeschrieben. Außerdem wurde das positiv formulierte Item der Zustimmung zu »grundlegenden Reformen« invertiert (höchste Ausprägung: völlige Ablehnung). Die vier z-transformierten, negativ gepolten ordinalskalierten Variablen korrelieren bivariat miteinander jeweils signifikant und in mindestens ausreichender Stärke (Pearson's r_{min}=0,072**; Pearsons's r_{max}=0,593***).

Das kleine Variablenset weist eine schwache, nur knapp hinreichende Reliabilität auf, um daraus eine additive Skala bzw. einen Mittelwertindex zu bilden (Cronbach's alpha=0,687). Stattdessen haben wir uns dafür entschieden, den Regressionsfaktor aus einer Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse) zur abhängigen Variable in der linearen Regressionsanalyse zu bestimmen, um dem Indikatorencharakter der vier Items für ein latentes, eindimensionales Einstellungskonstrukt gerecht zu werden und um auf eine aufwändigere und inhaltlich problematische Skalenkonstruktion zu verzichten. Die unabhängige Variable wird zur Vereinfachung als »klimadiskursskeptische Einstellung« bezeichnet.Für diese abhängige Variable wurden zwei Regressionsanalysemodelle berechnet (siehe Tabellen 3 und 4 im Anhang). In das erste Modell wurden neben den oben diskutierten standarddemographischen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf, Stadt-Land, Ost-West) nur das Äquivalenzeinkommen der Befragten als unabhängige Variable aufgenommen. Zur Vereinfachung wurden für die Beobachtung der Berufstätigkeit die Auswahl von zwei Dummy-Variablen vorgenommen: zum einen der Status »noch nie berufstätig« als Proxy für Schüler:innen, Studierende und Auszubildende, zum anderen der Status »(Fach-) Arbeiter:in«.

In einem zweiten Analyseschritt wurden in das Modell

Abbildung 17: *»Die Auswirkungen des Klimawandels werden übertrieben dargestellt.«*

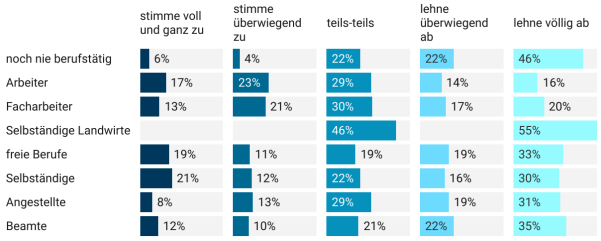


Abbildung 18: *»Sind die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ausreichend, gehen sie nicht weit genug, sind sie übertrieben oder völlig sinnlos?«*

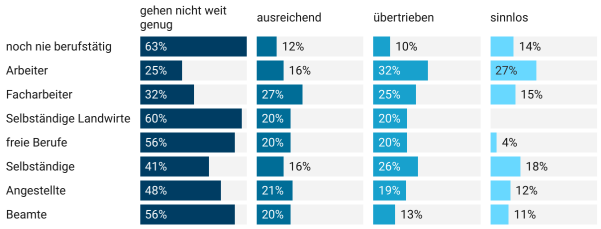


Abbildung 19: *»Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, ist eine grundsätzliche Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems notwendig.«*

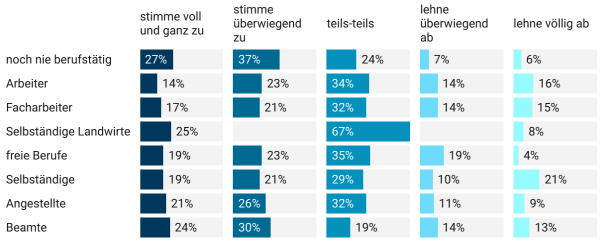
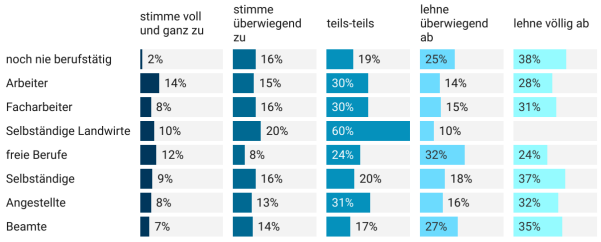


Abbildung 20: *»Die Beschränkungen in der Corona-Pandemie sind nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik.«*



Datenquelle: Repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung (PAPI), Befragungszeitraum: August-Dezember 2021; insgesamt n=2.509 Befragte (16-95 Jahre); gewichtete Daten.

zusätzlich drei Zustimmungsitems aufgenommen, mit denen in der Befragung individuelle *Einstellungen zur Gesellschaft* erfasst wurden. Bei der Item-Auswahl orientierten wir uns an den eingangs vorgestellten Befunden, nach denen die Rezeption der Klimakrise und entsprechende Handlungsbereitschaften durch das Institutionsvertrauen, die Sozialintegration sowie die Selbstwirksamkeit beeinflusst

sein können. Das erste Item thematisiert die Wahrnehmung individueller sozialer Inklusion durch die Befragten: »Ich habe das Gefühl, dass ich Teil unserer Gesellschaft bin« (vgl. Tabelle 5 im Anhang). Eine hohe Zustimmung interpretieren wir als die Abwesenheit von sozioökonomischer und soziokultureller Deprivation. Plausibel erscheint auch – bei hoher Ablehnung – die Interpretation als Proxy-Variable für soziale Desintegrationserfahrungen, Orientierungslosigkeit bzw. Anomia (vgl. Kühnel et al. 2019).

Das zweite Item erfasst die Selbstwirksamkeitswahrnehmung (Efficacy) der Befragten: »Ich habe Einfluss darauf, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt.« (vgl. Tabelle 6 im Anhang) Das dritte Item erfasst die Wahrnehmung von Responsivität durch die Politik: »Ich habe das Gefühl, mit meinen Belangen und Problemen von der Politik ernst genommen zu werden.« – quasi das Gegenteil einer populistischen Eliten- bzw. Systemkritik (vgl. Tabelle 7 im Anhang). Diese drei Items korrelieren bivariat signifikant und relativ stark mit den vier Aussagen zum Klimawandel und zur Klimapolitik, einzig zwischen dem »Gefühl, Teil unserer Gesellschaft zu sein« und der Zustimmung zur Notwendigkeit einer »grundsätzlichen Reform unseres Wirtschafts- und Sozialsystems« besteht kein statistischer Zusammenhang. Unserer Erwartung nach sollten sie einen substanziellen Erklärungsbeitrag für »klimadiskursskeptische« bzw. »maßnahmenkritische« Einstellungen besitzen, nämlich indem sie diese signifikant und relativ stark dämpfen. Dieser Annahme gemäß ließe sich mittels unserer Analyse zeigen, dass der gesellschaftliche Diskurs um den Klimawandel und die Akzeptanz ökologischer Transformationspolitik durch die Erhöhung sozialer Kohäsion, Partizipation und politischer Responsivität positiv beeinflusst werden können.

Sämtliche in die Analyse aufgenommenen Variablen wurden z-transformiert. Nach Ausschluss der Fälle mit fehlenden Werten (»weiß nicht«/»keine Angabe«) erfolgten die Modellberechnungen im ersten Analyseschritt für n=1.637 Fälle und im zweiten Analyseschritt für n=1.624 Fälle. Die Anteile der erklärten Gesamtvarianz sind mit 9,8 % beziehungsweise ca. 14,3 % (korrigiertes R^2) zwar als sehr gering einzuschätzen. Allerdings galt unser primäres Erkenntnisinteresse den Effektstärken der erklärenden Variablen und ihrem Vergleich.

5 Diskussion der Ergebnisse

Tabelle 1 enthält eine vereinfachte Darstellung der Ergebnisse der linearen Regressionsanalysen. Ausgehend von den Befunden der bivariaten deskriptiven Analysen lassen sich im ersten Modell (vgl. Tabelle 3 im Anhang) statistisch signifikante und teilweise deutliche Ceteris-Paribus-Effekte aller aufgenommenen soziodemographischen Variablen bestätigen. Eine Ausnahme stellt jedoch das Äquivalenzeinkommen dar, das keinen signifikanten Effekt besitzt. Dieser Umstand erscheint insofern kontraintuitiv, als dass die Verfügung über sozioökonomische Ressourcen gerade vor dem Hintergrund steigender Energiepreise im Zuge einer ökologischen Energiewende Relevanz besitzt. Wir deuten den Befund eines abwesenden Effekts der Einkommensvariable allerdings als einen Hinweis darauf, dass weniger die objektive sozioökonomische Situation als die subjektive Beurteilung der sozialen Lage (Deprivation, Furcht vor Statusverlust bzw. Veränderungsdruck) für Positionierungen zum Klimawandel bzw. zur Klimapolitik mitentscheidend sein könnte. Für die anderen erklärenden Variablen ist zunächst festzuhalten, dass ein höheres Alter die kritische bis negative Einstellung verstärkt ($beta_{std}$=0,105***). Mit Blick auf die oben genannten Gruppenauswertungen ist dies vornehmlich auf die jüngsten Alterskohorten zurückzuführen, die stärker Forderungen nach weitreichenderen Klimaschutzmaßnahmen aufstellen und offener gegenüber einer ökologischen Gesellschaftstransformation sind.

Einen weiteren signifikanten Effekt hat das Geschlecht: Frauen und diverse Personen sind auch bei Kontrolle anderer standarddemographischer Merkmale seltener skeptisch bzw. kritisch gegenüber dem Klimawandel und der Klimapolitik eingestellt ($beta_{std}$=-0,101***). Inwieweit dies auf geschlechtstypische Kommunikations- und Interaktionsstile oder auf geschlechtsspezifische Rollenvorstellungen im Kontext einer antizipierten Transformation der Arbeitswelt schließen lässt, muss an dieser Stelle unerörtert bleiben. Einen ähnlich starken Effekt wie das Geschlecht hat die Bildung ($beta_{std}$=-0,107***). Bei Befragten mit Abitur ist demnach die Zustimmungstendenz zu klimadiskursskeptischen bzw. klimapolitikkritischen Positionen erkennbar gedämpft. Ein erhöhter Bildungsstatus verweist sowohl auf eine wahrscheinlich intensivere Beschäftigung und Auseinandersetzung mit ökologischen Themen und klimapolitischen Sachfragen als auch auf ein erhöhtes kulturelles Kapital, das die Adaption an sozioökonomische Veränderungen potenziell begünstigt und seinen Träger:innen damit mehr Sicherheit und Offenheit für Prozesse beschleunigten bzw. disruptiven sozialen Wandels verleiht. Der Berufsstatus »(Fach-)Arbeiter:in« ruft eine gegenteilige Assoziation hervor. Zwar ist der Effekt schwach ($beta_{std}$=0,063*), doch zeichnet sich hier in der Tendenz eine stärker ausgeprägte Skepsis und Reserviertheit gegenüber dem Klimawandeldiskurs bzw. Klimapolitik dar – ganz anders als bei Schüler:innen, Studierenden und Auszubildenden, deren Berufsstatus eine dämpfende Wirkung auf die negative Einstellung besitzt ($beta_{std}$=-0,081**).

Ein schwach verstärkender, nur knapp signifikanter Effekt ist für das Merkmal »Stadt« zu registrieren ($beta_{std}$=0,048*). Der Stadt-Land-Unterschied, der in den bivariaten Tabellenanalysen zutage trat, hat insofern Bestand, als dass in ihm die sozialräumlich lokalisierbare Heterogenität und Disparität zwischen soziodemographischen bzw. sozioökonomischen Gruppen zum Ausdruck kommt. Es ist aber fraglich, ob die Landbevölkerung qua ihrer dörflichen oder kleinstädtischen Verortung für eine substanziell andere Positionierung im Klimadiskurs disponiert ist als die Bevölkerung in größeren Städten. Der individuelle Transformationsdruck angesichts des Klimawandels ist vermutlich viel stärker an die individuelle Lebenslagen und -chancen geknüpft als an das sozialräumliche *Kollektivmerkmal* der (Nicht-)Urbanität. Hingegen bemerkenswert – und der stärkste Effekt im Modell – ist der Ost-West-Unterschied ($beta_{std}$=0,189***). Ostdeutsche weisen auch unter Drittvariablenkontrolle eine signifikant klimadiskursskeptischere Einstellung als Westdeutsche auf: Der Appell an ihre Akzeptanz für eine Politik des tiefgreifenden ökologisch-ökonomisch-sozialen Wandels ist besonders voraussetzungsvoll und muss die kollektiven Erfahrungen und Mentalitäten in hohem Maße berücksichtigen.

Im zweiten Modell (vgl. Tabelle 4 im Anhang) führt die Aufnahme der Variablen »Wahrnehmung sozialer Inklusion« und »Wahrnehmung politischer Responsivität« zu einer Erhöhung der erklärten Gesamtvarianz; die Selbst-

Tabelle 1: *Vereinfachte Darstellung der Ergebnisse der linearen Regressionsanalyse*

Erklärende Variablen für klimadiskursskeptische Einstellung	Modell 1	Modell 2
Alter in Jahren: höher	+	+
Geschlecht: weiblich oder divers	-	-
Äquivalenzeinkommen (in Euro): höher	/	/
Bildung: Abitur	-	-
Beruf: (Fach-)Arbeiter:in	+	/
Beruf: noch nie berufstätig (SuS/Studierende/Azubis)	-	-
Stadt	+	+
Ostdeutschland	+	+
Wahrnehmung sozialer Inklusion: Ich habe das Gefühl, dass ich Teil unserer Gesellschaft bin. (Zustimmung höher)	n.a.	-
Selbstwirksamkeitswahrnehmung: Ich habe Einfluss darauf, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt. (Zustimmung höher)	n.a.	/
Wahrnehmung von Responsivität durch die Politik: Ich habe das Gefühl, mit meinen Belangen und Problemen von der Politik ernst genommen zu werden. (Zustimmung höher)	n.a.	-

+ signifikante Verstärkung | - signifikante Dämpfung | / kein signifikanter Effekt | n.a. Variable nicht aufgenommen

wirksamkeitswahrnehmung der Befragten (»Ich habe Einfluss darauf«, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt.«) hat jedoch keinen signifikanten Effekt. Sowohl die individuelle Wahrnehmung sozialer Inklusion ($beta_{std}$=-0,152***) als auch das »Gefühl, mit meinen Belangen und Problemen von der Politik ernst genommen zu werden« dämpfen eine negative Einstellung zu Klimawandel und Klimapolitik Die Effektstärke des »Gefühls« ist jedoch nur relativ schwach ($beta_{std}$=-0,069**). Auch nach Aufnahme der drei Variablen bezüglich der Einstellung zur Gesellschaft bleibt der Effekt des Alters nachweisbar, wenn auch leicht abgeschwächt ($beta_{std}$=0,083**). Die Effektstärke des Geschlechts bleibt sogar bis auf die dritte Nachkommastelle exakt stabil ($beta_{std}$=-0,101***). Damit verdichten sich Hinweise darauf, dass weibliche Befragte eine höhere Sensibilität und eine größere Offenheit für ökologische Fragen besitzen, und bei männlichen Befragten eine kritische bis ablehnende Haltung stärker ausgeprägt ist (vgl. Teune et al. 2021: 14). Der Effekt der Bildung verringert sich geringfügig ($beta_{std}$=-0,086**), allerdings erhöht sich die Effektstärke des Berufsstatus der Schüler:innen, Studierenden und Auszubildenden etwas ($beta_{std}$=-0,092***) und der Effekt des Berufsstatus »(Fach-)Arbeiter:in« ist nicht länger signifikant, was auf ein vergleichsweise gedämpftes Gefühl sozialer Inklusion in dieser Befragtengruppe hindeutet. Stabil bleibt indessen der schwache Effekt des Merkmals »Stadt« ($beta_{std}$=0,048*).

Der Effekt des Merkmals »Ostdeutschland« ist im zweiten Modell sogar noch höher als im ersten ($beta_{std}$=0,201***) und bleibt damit in der Gesamtschau mit einigem Abstand die wichtigste Einzeldeterminante für eine erhöhte klimadiskursskeptische bzw. maßnahmenkritische Einstellung. Wichtig ist hier, dass der Ost-West-Unterschied nicht durch eine unterschiedliche Ausprägung von »Einstellungen zur Gesellschaft« in den beiden Befragtengruppen aufgelöst wird, sondern unabhängig davon Erklärungskraft besitzt. Fügt man die Mosaiksteine der Analyseergebnisse zusammen, stehen sich hinsichtlich ihrer Einstellung zu Klimawandel und Klimapolitik an den Polen einer großen, heterogenen Masse zwei Realtypen diametral gegenüber: die junge, westdeutsche Studierende, die sich sozial inkludiert und von der Politik gehört fühlt, und der ältere, ostdeutsche Mann ohne Abitur und mit einer deutlich negativen Einschätzung bezüglich seiner Rolle in der Gesellschaft und der Aufmerksamkeit der Politik für seine Anliegen.

6 Fazit und Ausblick

Unsere Befunde bestätigen die Erkenntnisse aus anderen Studien, dass vertiefte Skepsis, die auch als »Klimawandelleugnung« interpretiert werden kann, selten ist. Allerdings halten nicht wenige Menschen die Auswirkungen des Klimawandels für überzeichnet und die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung für übertrieben oder sogar für sinnlos. Die Befragungsergebnisse sind ambivalent: Einerseits unterstützen große Befragtengruppen weitergehende Klimaschutzmaßnahmen und erkennen auch eine Notwendigkeit für Wirtschafts- und Sozialreformen im Zuge einer ökologischen Gesellschaftstransformation. Andererseits sind die relativ hohen Anteile der Befragten zu konstatieren, deren Ansicht nach die »Beschränkungen in der Corona-Pandemie […] nur ein Probelauf für geplante staatliche Zwangsmaßnahmen infolge der Klimapolitik« sind oder die einer solchen Aussage zumindest teilweise zustimmen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass hier ausschließlich eine verschwörungsideologische Indoktrinierung zum Ausdruck kommt und das rechte Narrativ einer drohenden »Klimadiktatur« verfängt, mit dem das Vertrauen in demokratische Eliten und demokratische Institutionen gezielt ausgehöhlt werden soll. Vielmehr scheinen viele Bürger:innen tatsächlich die Sorge zu hegen, dass die im Zuge des Klimawandels anstehenden Veränderungen von Produktions-, Konsum- und Lebensweisen mit empfindlichen Einschränkungen von Grundrechten einhergehen werden. Und dieses Meinungsbild ist alarmierend, gerade weil sich darin populistischen, antidemokratischen Akteur:innen ein diskursiver Anknüpfungspunkt bietet.

Klimadiskursskeptische bzw. maßnahmenkritische Einstellungen weisen ein charakteristisches regionales Verbreitungsmuster auf: Sie treten in Ostdeutschland stärker auf, wo negative oder zumindest höchst ambivalente Transformationserfahrungen sich flächendeckend ins kollektive Bewusstsein eingeschrieben haben. Zudem sind sie bei männlichen, älteren und geringer gebildeten Befragten stärker, bei Schüler:innen und Studierenden jedoch schwächer ausgeprägt als in den jeweiligen Referenzgruppen. Verstärkende Effekte haben außerdem die Wahrnehmung gesell-

schaftlicher Marginalisierung sowie die Wahrnehmung fehlender Responsivität durch die Politik. Markant jedoch ist der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland: Ostdeutsche Befragte sind nicht nur bei umfänglicher Drittvariablenkontrolle per se klimadiskursskeptischer und maßnahmenkritischer eingestellt als Westdeutsche, sondern der Effekt der Regionalität verstärkt sich sogar noch, wenn die Variablen zur Wahrnehmung der individuellen sozialen Inklusion, der Selbstwirksamkeit und der Responsivität durch die Politik in die Modellberechnung einbezogen werden. Dies verdeutlicht: Zusätzlich zu den sozioökonomischen und sozialstrukturellen Differenzialen und den regionalen bzw. sozialräumlichen Disparitäten, denen in der Klimapolitik stärker Rechnung getragen werden sollte, bestehen sehr große Herausforderungen für die politische Kommunikation. Dabei muss eine glaubhafte Vermittlung inklusiver und partizipativer Diskurs- und Beteiligungsangebote erfolgen und vor allem ein Fokus auf den verbreiteten Vorbehalten und Sorgen der Bevölkerung angesichts der ungewissen ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung liegen. Hier gilt es, Vertrauen in demokratische Akteur:innen, Institutionen und Prozesse zu stärken und wieder zurückzugewinnen, nicht zuletzt um verschwörungsideologischen und rechtspopulistischen Narrativen – wie dem einer »geplanten« Corona- oder Klima-»Diktatur« – und der von ihnen vorangetriebenen Polarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Der empirischen Forschung stellt sich die Aufgabe, die Wahrnehmungen, Deutungen und Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich der ökologischen Transformation weiter prozessbegleitend und intensiver zu untersuchen. Mit einem stark erweiterten Variablenprogramm muss auch den Ursachen für das differenzierte Antwortverhalten hinsichtlich der Wahrnehmungen und Erwartungen gegenüber den Klimaschutzmaßnahmen und ihren sozialen, ökonomischen und politischen Auswirkungen nachgespürt werden. Insbesondere sollten Gender-Perspektiven, Milieustudien sowie Ansätze der problemzentrierten Sozialraumforschung, gerade in Hinblick auf ostdeutsche Transformationsregionen und die Disparitäten zwischen Städten und ländlichen Regionen, noch stärkeres Gewicht erhalten.

Die Autoren

- **Dr. Axel Salheiser** studierte Soziologie, Psychologie und Anglistik/Amerikanistik. Seit 2019 arbeitet Salheiser als wissenschaftlicher Referent am IDZ Jena. Er leitet dort den Bereich Rechtsextremismusforschung und das FGZ-Projekt JEN_F_01: »Internationaler Rechtspopulismus im Kontext globaler ökologischer Krisen (IRÖK)«. Seit dem 1. Februar 2022 ist Salheiser kommissarischer wissenschaftlicher Leiter des IDZ und Sprecher des FGZ-Teilinstituts Jena.
- **Christoph Richter** studierte Soziologie, Journalistik und Ethnologie. Seit 2020 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am IDZ Jena und forscht im FGZ-Projekt JEN_F_01 zum Zusammenhang von extrem rechter Mobilisierung und der globalen Klimakrise sowie zur extrem rechten Mobilisierung in der Corona-Pandemie.
- **Prof. Dr. Matthias Quent** studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Neuere Geschichte. Von 2016 bis Januar 2022 war er Gründungsdirektor des IDZ Jena. Seit 2021 lehrt er als Professor der Soziologie für die Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Seine Arbeitsschwerpunkte sind öffentliche Soziologie, Rechtsradikalismus und Hasskriminalität. Am FGZ Jena leitet Quent die Projekte »Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (ZRex)« (JEN_T_02) und »Grundlagen der Transferforschung« (JEN_T_04).

Literatur

Arthurson, Kathy und Scott Baum. 2015. Making space for social inclusion in conceptualising climate change vulnerability. *Local Environment* 20 (1): 1–17. doi:10.1080/13549839.2013.818951.

Bals, Gereon. 2021. Von »Scheinkatastrophen«, »Klimadiktatur« und »Seuchensozialismus« – rechte Erzählungen zur Corona- und Klimakrise. *In Wissen schafft Demokratie. Band 9. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise*, 50–63. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Bostrom, Ann, Adam L. Hayes und Katherine M. Crosman. 2018. Efficacy, Action, and Support for Reducing Climate Change Risks. *Risk Anal.* 39(4), 805–828. doi:10.1111/risa.13210.

Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller, Julia Schuler und Elmar Brähler. 2022. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, hrsg. v. Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller und Elmar Brähler, 31–90. Gießen: Psychosozial.

Cologna, Viktoria und Michael Siegrist. 2020. The role of trust for climate change mitigation and adaptation behaviour: A meta-analysis. *Journal of Environmental Psychology* 69(101428). doi:10.1016/j.jenvp.2020.101428.

Frei, Nadine und Oliver Nachtwey. 2021. *Quellen des »Querdenkertums«. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*. Universität Basel/Heinrich-Böll-Stiftung.

Heitmeyer, Wilhelm. 2018. *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung*. Berlin: Suhrkamp.

Huber, Robert A., Esther Greussing, Jakob-Moritz Eberl. 2021. From populism to climate scepticism: the role of institutional trust and attitudes towards science. *Environmental Politics*. doi:10.1080/09644016.2021.1978200.

Hövermann, Andreas, Bettina Kohlrausch, Dorothea Voss. 2022. *Anti-Democratic Attitudes: The influence of work, digital transformation and climate change*. WSI Policy Brief No. 66.

Kessler, Erika Lynn. 2021. Climate change concern among youth: Examining the role of civics and institutional trust across 22 countries. *Education Policy Analysis Archives*, 29(124). doi:10.14507/epaa.29.4849.

Kühnel, Steffen, Anja Mays und Esther O. Fernández. 2009. Beeinflusst Anomia politische Orientierungen? In *Wähler in Deutschland*, hrsg. v. Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle, 68–81. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lamberty, Pia (2021): Was geht, was kommt, was bleibt – ein vorsichtiger Ausblick. In *Die Bundestagswahl 2021: Welche Rolle Verschwörungsideologien in der Demokratie spielen* hrsg. v. CeMAS, 85–89. Berlin: CeMAS.

Lamberty, Pia und Jonas H. Rees. 2021. Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In *Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratie-*

gefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, hrsg. v. Andreas Zick und Beate Küpper, 283–300. Bonn: Dietz.

Loy, Laura S., Karen R. S. Hamann und Gerhard Reese. 2020. Navigating through the jungle of information. Informational self-efficacy predicts climate change-related media exposure, knowledge, and behaviour. *Climatic Change* 163(4). doi:10.1007/s10584-020-02918-9.

Matlach, Paula und Łukasz Janulewicz. 2021. *Kalter Wind von rechts: Wie rechte Parteien und Akteur:innen die Klimakrise zu ihren Gunsten missbrauchen. Eine Analyse über falsche Fakten, Feindbilder und Desinformationsnarrative im Umfeld der Bundestagswahl 2021*. Berlin: Institute for Strategic Dialogue (ISD).

More in Common. 2021. *Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland*. Berlin: More in Common Deutschland e. V..

Osberghaus, Daniel, Elyssa Finkel und Max Pohl. 2010. *Individual Adaptation to Climate Change: The Role of Information and Perceived Risk*. ZEW – Centre for European Economic Research Discussion Paper No. 10-061. doi:10.2139/ssrn.1674840.

Ogunbode, A. Charles, Rouven Doran und Gisela Böhm. 2019. Exposure to the IPCC special report on 1.5 °C global warming is linked to perceived threat and increased concern about climate change. *Climatic Change* 158(2020), 361–375. doi:10.1007/s10584-019-02609-0.

Reusswig, Fritz, Beate Küpper und Maike Rump. 2021. Propagandafeld: Klima. In *Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, hrsg. v. Andreas Zick und Beate Küpper, 262–281. Bonn: Dietz.

Richter, Christoph, Fabian Klinker und Axel Salheiser. 2022. Klimadiktatur? Rechte Ideologie und Verschwörungsnarrative zur Klimapolitik in den sozialen Netzwerken. In *Wissen schafft Demokratie, Band 11. Tagungsband zur Online-Fachtagung »Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus«*, hrsg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, 80–93. Jena.

Richter, Christoph und Axel Salheiser. 2021. Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa? In *Wissen schafft Demokratie, Band 9. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise*, hrsg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, 76–87. Jena.

Richter, Christoph, Maximilian Wächter, Jost Reinecke, Axel Salheiser, Matthias Quent und Matthias Wjst. 2021. Politische Raumkultur als Verstärker der Corona-Pandemie? Einflussfaktoren auf die regionale Inzidenzentwicklung in Deutschland in der ersten und zweiten Pandemiewelle 2020. In *ZRex* 2/2021, 1–39.

Salheiser, Axel, Matthias Quent, Anja Thiele, Janine Dieckmann und Daniel Geschke. 2020. Plurale Konzepte, Narrative und Praktiken gesellschaftlichen Zusammenhalts. In *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog*, hrsg. v. Nicole Deitelhoff, Olaf Groh-Samberg und Matthias Middell, 195–217. Frankfurt a. M. und New York: Campus.

Smith, E. Keith und Adam Mayer. 2018. A social trap for the climate? Collective action, trust and climate change risk perception in 35 countries. In *Global Environmental Change*, 49/2018, 140–153. doi:10.1016/j.gloenvcha.2018.02.014.

Teune, Simon, Maike Rump, Beate Küpper, Julia Schatzschneider, Fritz Reusswig und Wiebke Lass. 2021.*Energiewende? – ja! Aber… Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung. DEMOKON – Research Paper II*. Potsdam/Mönchengladbach.

Wynveen, Christopher J. und Stephen G. Sutton. 2015. Engaging the public in climate change-related pro-environmental behaviors to protect coral reefs: The role of public trust in the management agency. *Marine Policy* 53/2015, 131–140. doi:10.1016/j.marpol.2014.10.030.

Tabellenanhang

Tabelle 2: *Stichprobeninformationen (REP33-Befragungsdaten, vor Gewichtung)*

	West		Ost		Gesamt	
Fallzahl	n=1.998		n=511		n=2.509	
Alter in Jahren						
Arithm. Mittel	48,83		52,01		49,48	
Standardabweichung	17,26		19,62		17,81	
Spanne	16-95		16-94		16-95	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Altersgruppen						
b. 24 Jahre	177	8,86%	52	10,18%	229	9,13%
25-34 Jahre	313	15,67%	70	13,70%	383	15,27%
35-44 Jahre	331	16,57%	61	11,94%	392	15,62%
45-54 Jahre	378	18,92%	86	16,83%	464	18,49%
55-64 Jahre	389	19,47%	91	17,81%	480	19,13%
65-74 Jahre	278	13,91%	63	12,33%	341	13,59%
ab 75 Jahre	132	6,61%	88	17,22%	220	8,77%
männlich	929	46,50%	301	58,90%	1230	49,02%
weiblich	1066	53,35%	210	41,10%	1276	50,86%
divers	3	,15%	3	,12%		
deutsch	1913	95,75%	506	99,02%	2419	96,41%
nicht deutsch	85	4,25%	5	,98%	90	3,59%
Partnerschaft						
Leben mit Partner zusammen	1184	60,04%	296	58,96%	1480	59,82%
Leben nicht mit Partner zusammen	788	39,96%	206	41,04%	994	40,18%
Schulabschluss						
Ohne Haupt-/Volksschulabschluss	52	2,60%	52	2,07%		
Haupt-/Volksschulabschluss	561	28,08%	56	10,96%	617	24,59%
Mittlere Reife/ Realschulabschluss	761	38,09%	113	22,11%	874	34,83%
Abschluss der POS	52	2,60%	185	36,20%	237	9,45%
Fachschulabschluss (o. Anerkennung als Fachhochschule)	76	3,80%	41	8,02%	117	4,66%
allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife/Abitur	296	14,81%	38	7,44%	334	13,31%
Abgeschlossenes Universitäts-/ Hochschulstudium	172	8,61%	59	11,55%	231	9,21%
Anderen Schulabschluss	1	,05%	1	,04%		
Schüler(in)einer allgemeinbildenden Schule	27	1,35%	19	3,72%	46	1,83%
Erwerbstätigkeit						
vollzeit-erwerbst. ab 35 h	933	46,77%	217	42,63%	1150	45,93%
teilzeit-erwerbst. 15 bis 34 h	269	13,48%	41	8,06%	310	12,38%
stundenweise erwerbstätig	51	2,56%	7	1,38%	58	2,32%
Freiwilligendienst/Mutterschafts-/Erziehungsurlaub	17	,85%	2	,39%	19	,76%
z.Z. arbeitslos/in 0-Kurzarbeit	82	4,11%	38	7,47%	120	4,79%
Rentner/Pensionär/im Vorruhestand	463	23,21%	159	31,24%	622	24,84%
Nicht berufstätig: z.B. Hausfrau/-mann	66	3,31%	3	,59%	69	2,76%
in Berufsausb. (auch FS f. gew. Berufe)	34	1,70%	12	2,36%	46	1,84%
in Schulausbildung (auch Uni/HS)	80	4,01%	30	5,89%	110	4,39%
Beruf						
Noch nie berufstätig	109	5,50%	40	7,83%	149	5,98%
Arbeiter	182	9,19%	41	8,02%	223	8,95%
Facharbeiter	204	10,30%	134	26,22%	338	13,56%
Selbständige Landwirte	11	,56%	1	,20%	12	,48%
freie Berufe	28	1,41%	7	1,37%	35	1,40%
Selbständige	98	4,95%	30	5,87%	128	5,14%
Angestellte	1234	62,29%	240	46,97%	1474	59,15%
Beamte	115	5,81%	18	3,52%	133	5,34%
Haushaltseinkommen						
Weniger als 750 Euro/Monat	26	1,32%	13	2,55%	39	1,58%
750 bis < 1250 Euro/Monat	188	9,56%	56	10,98%	244	9,85%
1250 bis < 2000 Euro/Monat	441	22,43%	106	20,78%	547	22,09%
über 2000 Euro/Monat	1311	66,68%	335	65,69%	1646	66,48%
Kirchenzugehörigkeit						
nein	342	17,34%	411	80,75%	753	30,35%
ja	1630	82,66%	98	19,25%	1728	69,65%

Tabelle 3: Lineare Regressionsanalyse (Modell 1): AV: Klimadiskurssskeptische Einstellung, UV: nur Standarddemographie
n=1.637; R^2=0,103***, korrigiertes R^2=0,098

Lineares Regressionsmodell: **Klimadiskurssskeptische Einstellung** (Regression factor score[1])	Nicht standardisierte Koeffizienten		*Standardisierte Koeffizienten*			95,0-Konfidenz-intervalle für B		Kollinearitäts-statistik	
	Regressions-koeffizient B	Standard-fehler	*Beta*	T	*Signifikanz*	Unter-grenze	Ober-grenze	Toleranz	VIF
Konstante	-,528	,160		-3,298	,001	-,843	-,214		
Alter in Jahren: höher	,105	,026	**,105**	4,061	,000	,054	,156	,828	1,207
Geschlecht: weiblich oder divers	-,101	,025	**-,101**	-3,983	,000	-,151	-,051	,850	1,177
Äquivalenzeinkommen (in Euro): höher	-,010	,025	-,010	-,389	,698	-,058	,039	,866	1,155
Bildung: Abitur	-,250	,059	**-,107**	-4,224	,000	-,366	-,134	,855	1,170
Beruf: (Fach-)Arbeiter:in	,154	,066	**,063**	2,345	,019	,025	,283	,773	1,294
Beruf: noch nie berufstätig (SuS/Studierende/Azubis)	-,316	,101	**-,081**	-3,123	,002	-,514	-,117	,827	1,209
Stadt	,134	,066	**,048**	2,041	,041	,005	,263	,989	1,012
Ostdeutschland	,496	,062	**,189**	7,951	,000	,374	,618	,979	1,021

Tabelle 4: Lineare Regressionsanalyse (Modell 2): AV: Klimadiskurssskeptische Einstellung, UV: Standarddemographie und Einstellungen zur **Gesellschaft**
n=1.624; R^2=0,148***, korrigiertes R^2=0,143

Lineares Regressionsmodell: **Klimadiskurssskeptische Einstellung** (Regression factor score)	Nicht standardisierte Koeffizienten		*Standardisierte Koeffizienten*			95,0-Konfidenz-intervalle für B		Kollinearitäts-statistik	
	Regressions-koeffizient B	Standard-fehler	*Beta*	T	*Signifikanz*	Unter-grenze	Ober-grenze	Toleranz	VIF
Konstante	-,593	,157		-3,775	,000	-,902	-,285		
Alter in Jahren: höher	,084	,026	**,083**	3,282	,001	,034	,134	,817	1,224
Geschlecht: weiblich oder divers	-,101	,025	**-,101**	-4,050	,000	-,150	-,052	,847	1,180
Äquivalenzeinkommen (in Euro): höher	,043	,025	,044	1,732	,084	-,006	,091	,821	1,218
Bildung: Abitur	-,201	,058	**-,086**	-3,457	,001	-,315	-,087	,845	1,183
Beruf: (Fach-)Arbeiter:in	,118	,065	,048	1,824	,068	-,009	,244	,769	1,300
Beruf: noch nie berufstätig (SuS/Studierende/Azubis)	-,359	,099	**-,092**	-3,623	,000	-,554	-,165	,823	1,215
Stadt	,132	,064	**,048**	2,056	,040	,006	,258	,987	1,013
Ostdeutschland	,529	,062	**,201**	8,564	,000	,408	,650	,959	1,042
Wahrnehmung sozialer Inklusion: Ich habe das Gefühl, dass ich Teil unserer Gesellschaft bin. (Zustimmung höher)	-,157	,028	**-,152**	-5,551	,000	-,213	-,102	,707	1,414
Selbstwirksamkeitswahrnehmung: Ich habe Einfluss darauf, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt. (Zustimmung höher)	-,059	,030	-,059	-1,946	,052	-,119	,000	,582	1,718
Wahrnehmung von Responsivität durch die Politik: Ich habe das Gefühl, mit meinen Belangen und Problemen von der Politik ernst genommen zu werden. (Zustimmung höher)	-,069	,027	**-,069**	-2,573	,010	-,121	-,016	,738	1,356

[1] Einfaktorielle Lösung (53,9 % erklärte Varianz) nach Hauptkomponentenanalyse (Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung). Aufgenommen wurden die vier z-transformierten, negativ gepolten (d.h. ggfs. invertierten) ordinalskalierten Variablen zur Wahrnehmung und Beurteilung des Klimawandels bzw. der Klimapolitik. KMO: 0,689***; AIC zwischen 0,653 und 0,719.

Tabelle 5: Häufigkeitsauszählung zum Item „Ich habe das Gefühl, dass ich Teil unserer Gesellschaft bin."

		Häufigkeit	%	gültige %	kumulierte %
gültig	stimme nicht zu	150	6,0	6,0	6,0
	stimme eher nicht zu	371	14,8	14,9	20,9
	stimme eher zu	1153	45,9	46,2	67,1
	stimme zu	819	32,7	32,9	100,0
	gesamt	2494	99,4	100,0	
fehlend	keine Angabe	15	,6		
gesamt		2509	100,0		

Tabelle 6: Häufigkeitsauszählung zum Item „Ich habe Einfluss darauf, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt."

		Häufigkeit	%	gültige %	kumulierte %
gültig	stimme nicht zu	473	18,8	18,9	18,9
	stimme eher nicht zu	966	38,5	38,7	57,7
	stimme eher zu	826	32,9	33,1	90,8
	stimme zu	229	9,1	9,2	100,0
	gesamt	2494	99,4	100,0	
fehlend	keine Angabe	15	,6		
gesamt		2509	100,0		

Tabelle 7: Häufigkeitsauszählung zum Item „Ich habe das Gefühl, mit meinen Belangen und Problemen von der Politik ernst genommen zu werden."

		Häufigkeit	%	gültige %	kumulierte %
gültig	stimme nicht zu	636	25,4	25,5	25,5
	stimme eher nicht zu	1023	40,8	41,0	66,5
	stimme eher zu	674	26,9	27,0	93,5
	stimme zu	163	6,5	6,5	100,0
	gesamt	2497	99,5	100,0	
fehlend	keine Angabe	12	,5		
gesamt		2509	100,0		